Ein aufmerksamer Nutzer macht uns auffolgendes aufmerksam: Es war verdienstvoll, dass die Nachdenkseiten die PR-Tätigkeit von Rürup für MLP – den Heidelberger Finanzdienstleister für „Akademiker und andere anspruchsvolle Kunden“ – enthüllt hatten. Dieser “Rentenexperte” ist wohl das in ihn investierte Geld wert. In “Bild” vom 10.2. spricht er sich für die Rente mit 67 aus, behauptet wahrheitswidrig, die Rente mit 67 “verringert Kürzungen” und auf die “Bild”-Feststellung, “aber die Leistungen der gesetzlichen Rente gehen zurück” antwortet er ganz im Sinne eines seiner Arbeitgeber: “Das stimmt. Deshalb ist private Vorsorge für die Jungen notwendig.” Dabei werde man auch über eine “Pflicht zur Vorsorge reden müssen.”

Der Kreis schließt sich.

Rürup war erst für die drastischen Rentenkürzungen bei der gesetzlichen Rente mitverantwortlich und trug aktiv zur Erosion des Vertrauens in die gesetzliche Rente bei, jetzt propagiert er als Chef der Wirtschaftsweisen – und MLP-Werbeträger – den gesetzlichen Zwang zur Privatvorsorge.

Übrigens: Seine Behauptung in “Bild” zur Rente mit 67 “Für jedes Berufsjahr mehr steigt auch der Rentenanspruch um 2,5 Prozent” ist nur teilweise richtig. Zwar soll es weiterhin für diese beiden Jahre zusätzliche Rentenpunkte geben, doch will Müntefering, dass es für die Arbeitsjahre nach 65 nicht mehr wie früher rentensteigernde, versicherungsmathematische Zuschläge von 3,6 Prozent pro Jahr gibt, weil er ja sonst keinen “Spareffekt” erzielen könnte. Wer es tatsächlich schafft, bis 67 zu arbeiten, hat lediglich keine zusätzlichen Abschläge von 0,3 Prozent pro Monat.

Aber nicht nur Rürup, sondern auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das jetzt von Franz Müntefering (BMAS) geleitet wird, macht inzwischen aktiv Werbung für die Privatvorsorge. Wer glaubt, es gehe dabei nur um die staatlich geförderte Riester-Rente, der irrt. Da werden private Lebensversicherungen, Aktien usw. angepriesen.

Der Unterschied zu Rürup: Das Bundesarbeitsministerium lässt sich die PR für private Versicherer nicht von den Konzernen bezahlen – es wirbt auf Kosten der Steuerzahler:

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales